

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSSTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 20. Dezember 1957

Blatt 2670

===== Weihnachtsgratulanten beim Bürgermeister =====

Am 20. Dezember (RK) Als erste Abordnung der Wiener Jugend sind heute früh Schüler der Wiener Berufsschulen ins Rathaus gekommen, um Bürgermeister Jonas die Feiertagsgrüße ihrer Schulgemeinden zu übermitteln. Die Klassen der Lederarbeiter und der Graphiker schickten dem Bürgermeister Geschenke, für die er sich mit Bücherspenden revanchierte. Seinerseits wünschte er allen Berufsschülern und ihren Lehrern alles Gute für Weihnachten.

Wie alljährlich brachte auch heuer die Kindersingschule der Stadt Wien, begleitet von einem Blockflötentertzett unter der Leitung von Frau Professor Susanne Frieser, dem Bürgermeister musikalische Weihnachtswünsche. Im Namen des Lehrkörpers der Musikanstalten gratulierte Regierungsrat Prof. Lustig-Prean.

Nach dem Ständchen empfing der Bürgermeister Vertreter der Lehrer und der Jugendlichen von "Jugend am Werk". Als Weihnachtsgeschenke schickten die Mädeln und Buben der Schulwerkstätten Grundsteingasse und Hellwagstraße kleine Proben ihrer Handfertigkeiten. Der Bürgermeister bedankte sich für die Weihnachts- und Neujahrsgrüße und wünschte den jugendlichen Gratulanten und auch ihren Eltern alles Gute zu den Feiertagen.

Gestern abend wohnte Bürgermeister Jonas einer Weihnachtsfeier im Mautner-Marchof'schen Kinderspital bei. Heute nachmittag wird er an einer Feier im Krankenhaus Floridsdorf teilnehmen und den Patienten und den Bediensteten des Spitals die Feiertagswünsche der Stadtverwaltung übermitteln.

Die Gasversorgung zu WeihnachtenEine Bitte an die Wiener Hausfrauen

20. Dezember (RK) Wie in jedem Jahr wird auch heuer zu den Weihnachtsfeiertagen sehr viel Gas verbraucht werden. Die Wiener Gaswerke haben alle Vorkehrungen getroffen, um die Versorgung zu sichern. Alle Einrichtungen der Gaserzeugung und der Gasverteilung werden eingesetzt sein und ihr Bestes leisten.

Aber auch die Bevölkerung kann viel dazu beitragen, daß an diesen Tagen die Gasversorgung klaglos funktioniert, wenn sie den Gasverbrauch möglichst über den ganzen Tag verteilt. Nach den bisherigen Erfahrungen drängt sich nämlich der Gasverbrauch in der Zeit zwischen 10 und 13 Uhr zusammen. Wenn in diesen wenigen Stunden alle gleichzeitig kochen, braten, backen, Wasser wärmen und außerdem ihre Gasöfen in Betrieb haben, dann entsteht eine Spitzenbelastung, die unter Umständen nicht mehr bewältigt werden kann.

Die Wiener Gaswerke bitten daher die Hausfrauen, ihre Weihnachtsbäckereien nicht erst in den allerletzten Tagen herzustellen. An den Sonn- und Feiertagen mögen sie bitte, wenn es irgendwie möglich ist, mit dem Kochen und Braten nicht erst am späten Vormittag beginnen. Sehr gut wäre es, würden sie schon einiged vor-kochen.

- - -

Die Stadtbibliothek in der Weihnachtswoche

20. Dezember (RK) Die Wiener Stadtbibliothek ist vom 23. bis 26. Dezember und am 31. Dezember geschlossen. Der Bibliotheksdienst wird Freitag, den 27., Samstag, den 28. und Montag, den 30. Dezember sowie ab 2. Jänner 1958 laufend voll durchgeführt.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen
=====

20. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Matrek wurden heute um 9 Uhr die Verhandlungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien wieder aufgenommen.

Stadtrat Slavik (SPÖ), der über Bilanz und Bedeckung referiert und damit als Finanzreferent sein Schlußwort hält, stellt fest, daß während der letzten vier Tage der Voranschlag für 1958 gründlich beraten worden ist. Die Amtsführenden Stadträte der einzelnen Geschäftsgruppen haben ihre Budgets ausführlich erläutert und auch die Debatteredner hatten durch vier Tage hindurch Gelegenheit zu eingehenden Betrachtungen gehabt. Sie haben in der Diskussion eine Reihe von Vorschlägen erstattet, es wurden Anregungen gegeben und die verschiedensten Wünsche der Wiener Bevölkerung vorgebracht. Es wäre sehr schön, alle diese Wünsche im Jahr 1958 erfüllen zu können. Leider ist die Stadtverwaltung dazu aber nicht in der Lage. Es ist aber nirgendwo auf der Welt möglich, alle Wünsche immer gleich zu erfüllen. Die Stadtverwaltung wird sich jedoch bemühen, im kommenden Jahr allen Wünschen, die berechtigt sind, soweit es irgendwie möglich ist, Rechnung zu tragen. Stadtrat Slavik dankt allen Debatterednern für ihre Ausführungen und auch für das große Verständnis für die Schwierigkeiten, die sich aus der Erstellung des Voranschlages ergaben. Stadtrat Slavik stellt sodann folgenden Antrag:

"Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.

Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

Virements zwischen den Posten des Personalaufwandes sowie Virements und Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen größeren baulichen Herstellungen

./.

sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge innerhalb der gleichen Post sind an die Zustimmung des amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall 10 Prozent des betreffenden Ansatzes, bzw. Teilansatzes oder 5.000 Schilling übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

Der amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert."

Stadtrat Slavik spricht abschließend die Hoffnung aus, daß man nicht allzu oft dazu gezwungen sein wird, Sperren vorzunehmen. Es sei der Wunsch der Gemeindeverwaltung, die im Voranschlag vorgesehenen Beträge in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zur Auswirkung kommen zu lassen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten ohne die Stimmen der VO angenommen. Damit ist der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien, Hoheitsverwaltung, für das Jahr 1958 genehmigt.

- - -

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen
=====

Hierauf begannen die Beratungen über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1958. Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) referierte:

Die Aufstellung des Voranschlages der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1958 war, wie bekannt ist, mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Erst vorgestern konnte das Budget im zuständigen Ausschuß für die Städtischen Unternehmungen beschlossen werden und gestern - sozusagen im letzten Augenblick - wurde es in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Finanzausschusses verabschiedet. Heute liegt nunmehr das Präliminare nicht nur der Wiener Stadtwerke, sondern auch des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista auf dem Referententisch, um nach einer entsprechenden Stellungnahme durch den Wiener Gemeinderat beschlossen zu werden. Von vornherein möchte ich sagen, daß mich die Vorausschau pro 1958, so weit sie die Wiener Stadtwerke betrifft, nicht befriedigt. Wenn auch beim E- und Gaswerk noch im großen und ganzen ein Konsumanstieg zu verzeichnen ist, der allerdings nicht mehr das Ausmaß der Vorjahre erreicht, und die Wiener Verkehrsbetriebe im wesentlichen ihre Frequenz halten konnten, so war trotz verschiedener Abstriche und Veränderungen im Laufe der seit langem geführten Koalitionsverhandlungen vorläufig nur das Ergebnis zu erzielen, daß der Gesamtabgang der Wiener Stadtwerke in der Höhe von 314,311.000 Schilling nur ganz unmerklich niedriger ist als der für das Jahr 1957 mit 314,776.000 Schilling veranschlagte. Ich möchte dem Wiener Gemeinderat nicht im einzelnen alle Versuche schildern, die seit dem Beginn des Jahres 1957 gemacht worden sind, um besonders bei den Wiener Verkehrsbetrieben eine Sanierung vorzubereiten. Angefangen von den Beratungen der Studienkommission, deren Bemühen in 18 Empfehlungen ihren Niederschlag gefunden hat, bis zu den Parteienberatungen, die im Juli ihren Anfang nahmen und bis in die letzten Tage dauerten, kann man feststellen, daß praktisch ohne Unterlaß an einer Verbesserung der finanziellen Lage der Wiener Stadtwerke gearbeitet wurde.

Dabei konnte man vom Standpunkt der Gebarung des großen kommunalen Konzerns von Glück reden, daß im Jahre 1957 eine Beruhigung auf dem Lohnsektor eingetreten ist und daß auch Auswirkungen, wie sie sich beispielsweise im Zusammenhang mit der Aufstellung der Schillingeröffnungsbilanz ergeben hatten, keine Rolle mehr spielten und auch für das Jahr 1958 ohne Bedeutung sind. Nichtsdestoweniger waren die ersten Entwürfe, die von den Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke vorgelegt worden sind, **bedeutend ungünstiger** und ergaben in ihrer Summe einen Abgang von 379,4 Millionen Schilling. Die Differenz zwischen diesem Abgang und dem nunmehr in den vorliegenden Voranschlägen resultierenden beträgt immerhin rund 65 Millionen Schilling. Diese Verbesserung war nicht leicht zu erreichen, aber es ist doch dank des verständnisvollen Zusammenwirkens beider Koalitionsparteien gelungen, zu diesem Ergebnis zu kommen.

Tarifumgestaltung und Anleihepläne

Ich möchte nun im einzelnen die Auswirkungen ziffernmäßig bekanntgeben, die aus jenen Positionen resultieren, die in den Parteienverhandlungen positiv erledigt werden konnten:

Die Belastung der Wiener Verkehrsbetriebe durch die Altpensionen wird in der Form erleichtert, daß ca. 50 Millionen Schilling in einen Versicherungsvertrag mit einer Laufzeit von 16 Jahren umgewandelt werden (Auswirkung für 1958 ungefähr 21,6 Millionen);

die Kosten für Straßen- und Brückenbauten bei den Wiener Verkehrsbetrieben werden im Verhältnis 1 : 1 zwischen der Hoheitsverwaltung und den Verkehrsbetrieben aufgeteilt (Auswirkung 11,3 Millionen);

die Kosten der Schneesäuberung werden im Verhältnis 1 : 1 zwischen der Hoheitsverwaltung und den Wiener Verkehrsbetrieben aufgeteilt (Auswirkung 2,8 Millionen);

den E- und Gaswerken werden nach Vereinbarung sowohl für Strom und Gas für öffentliche Beleuchtungszwecke als auch für Instandhaltung und Betrieb der diesbezüglichen Einrichtungen höhere Tarife von der Hoheitsverwaltung zugestanden (Auswirkung 19,7 Millionen);

von den außertariflichen Begünstigungen, die auf die Gemeinde entfallen, werden jene, welche sich auf Gemeindemandatare und Fürsorgeräte beziehen, von der Hoheitsverwaltung übernommen (Auswirkung 7,5 Millionen).

Trotz dieser im Voranschlag schon enthaltenen Erleichterungen bleibt ein Gesamtabgang von 314,311.000 S, der sich wie folgt verteilt, bestehen: E-Werke 101,067.000 S, Gaswerke 37,255.000 S, Verkehrsbetriebe 173,920.000 S und Bestattung 2,069.000 S.

Es ist klar, daß wirtschaftliche Unternehmungen, und solche sind auch die Wiener Stadtwerke, unter solchen Verhältnissen nicht jene Leistungen erbringen können, die im Interesse der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung unbedingt notwendig sind. Die beiden Koalitionsparteien haben es daher als ihre Pflicht betrachtet, weitere Erleichterungen der budgetären Lage der Wiener Stadtwerke auf der Ausgabenseite durch kostensparende Reformen und auf der Einnahmenseite durch eine für die Bevölkerung tragbare Tarifumgestaltung zu beraten. Die diesbezüglichen Besprechungen werden zu Beginn des neuen Jahres wieder aufgenommen und mit dem Ziele einer Einigung über die notwendigen Maßnahmen fortgeführt werden.

Zwecks Bereinigung der Verpflichtungen, die im Jahre 1957 für die Wiener Verkehrsbetriebe aus erhaltenen Waggonlieferungen im Gesamtausmaße von 46,2 Millionen Schilling resultierten, wurde seitens des Finanzreferenten die Zusage gemacht, die notwendigen Mittel in der ersten Jännerhälfte des kommenden Jahres im Kreditwege zu beschaffen.

Im Zusammenhang mit wiederholten Erklärungen des früheren Finanzreferenten, Stadtrat Resch, und den auch von Stadtrat Slavik in dieser Beziehung gemachten Bemerkungen darf ich wohl die berechtigte Hoffnung schöpfen, daß nun der Weg zu einer konkreten Stadtwerksanleihe nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch beschritten werden wird. Ich stimme mit dem Finanzreferenten darin überein, daß Investitionen, die durch Anleiheoperationen gedeckt werden sollen, außerordentlichen Charakter und größeren Umfang haben müssen und daß die so finanzierten Projekte einnahmesteigernd, bzw. kostensparend zu sein haben und dadurch eine Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Mittel gewährleisten. Ich darf daran erinnern, daß die Wiener Stadtwerke bereits anfangs 1957 eine Reihe von Projekten, die den vorangeführten Merkmalen entsprechen, in einem außerordentlichen Investitionsplan zusammenfaßten und für eine anleihenmäßige Bedeckung, Verzinsung und Abstattung, auch die entsprechenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorlegten. Dieser

Plan sah von vornherein für die E-Werke und Gaswerke Investitionen im Gesamtausmaße von 335 Millionen vor, die im Verlaufe von fünf Jahren realisiert werden sollten und in weiteren zehn Jahren rückzuzahlen gewesen wären. Dieser Plan ist auch heute aktuell und könnte die Grundlage für Verhandlungen bilden, die schon in den nächsten Wochen zu einem konkreten Ergebnis führen müssten, damit noch im Jahre 1958 die Auflegung einer Anleihe gesichert werden kann.

Auch ich bekenne mich dazu, daß eine solche Anleihe weder mit wirtschaftlichen noch mit politischen Nachteilen für die Bevölkerung verbunden sein darf, möchte aber doch dabei der Ordnung halber bemerken, daß eine solche Abhängigkeit keinesfalls vorhanden sein würde, wenn Anlagen oder Maschinen, wie dies auch in der Vergangenheit wiederholt geschehen ist, im Zeichen der Liberalisierung und der europäischen Integration importiert werden. Unter den Projekten scheint mir als eines der wichtigsten der Ersatz der 37-atü-Anlage in Simmering durch eine neue 120-atü-Anlage, da die alte Anlage in keiner Weise mehr den Anforderungen eines modernen, leistungsfähigen Betriebes entspricht und genau so wie die veraltete 22-atü-Anlage in der Engerthstraße unwirtschaftlich arbeitet. Für ein solches Aggregat werden 180 bis 200 Millionen Schilling benötigt, die in einem Zeitraum von vier Jahren aufgebracht werden müssen. Feststeht jedoch, daß eine solche Anlage infolge der erzielbaren Gesamtersparnis einschließlich der Zinsen in weniger als acht Jahren amortisiert werden könnte. Die Wiener Gaswerke sind bestrebt, infolge der besonderen Wirtschaftlichkeit und des erzielbaren Wirkungsgrades weitere Methanspaltanlagen zu schaffen, wodurch die Befriedigung des steigenden Bedarfes auch bei den höchsten Winterspitzen möglich wird. Ein neuer 300.000 Kubikmeter Gasbehälter am Wienerberg soll die Versorgung des südlichen und südwestlichen Wien wesentlich verbessern und ferner sollen die Koksförderanlagen im Werke Leopoldau, die aus den Jahren 1910 und 1911 stammen, aus Betriebs- sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsgründen erneuert werden.

Bei den Wiener Verkehrsbetrieben wird infolge der weiter ansteigenden Motorisierung die teilweise Umstellung des Straßenbahnbetriebes auf den Autobusverkehr nicht mehr weiter zu umgehen sein, die Modernisierung des Stadtbahnwagenparks und die Ausgestaltung zu einem modernen Schnellbahnbetrieb wird auf Jahre hinaus bedeutende

Mittel in Anspruch nehmen und schließlich wird in den nächsten Jahren zumindestens die Verlängerung der Gürtellinie nach dem Süden aktuell werden, wofür die Verkehrsbetriebe auf alle Fälle das rollende Material und die beweglichen Einrichtungen zu beschaffen haben werden.

Das sind nur einige Beispiele von sicherlich großen Projekten einmaligen Umfanges, deren Finanzierung aus den laufenden Einnahmen kaum oder überhaupt nicht möglich erscheint.

Die Wiener Gaswerke beschäftigen sich überdies mit dem Projekt, größere Industriebetriebe mit Erdgas zu beliefern, sofern eine solche Abnahme in den Sommermonaten vorgenommen werden kann. Etwa 30 Millionen Kubikmeter Erdgas könnten auf diese Weise an die Industrie zusätzlich abgegeben werden, wobei aber Voraussetzung ist, daß die erforderlichen Hauptrohrleitungen finanziert werden können.

Zweite Verkehrsebene notwendig

Zur Frage einer Wiener Untergrundbahn möchte ich diesmal nur einige ganz kurze Bemerkungen machen und dies auch nur deshalb, weil das Thema im Laufe der Budgetdebatte bereits berührt worden ist. Ich bin der Überzeugung, daß man um eine Untergrundbahn oder, besser gesagt, um eine zweite Verkehrsebene in Wien, und zwar im innerstädtischen Verkehr, auf die Dauer nicht herumkommen wird. Die Zahl der motorisierten Fahrzeuge (ohne Moped) ist von 74.281 per Ende 1952 auf 162.367 mit Stichtag vom 30. November 1957 gewachsen. In den ersten 11 Monaten des heurigen Jahres sind nicht weniger als rund 13.350 Fahrzeuge dazugekommen. Es wird kaum ein Zeitraum von drei Jahren vergehen und wir werden in Wien auf der kritischen Ziffer von 200.000 Motorfahrzeugen angelangt sein. Wenn dies aber der Fall ist, dann trifft das zu, was auf Seite 80 der Empfehlungen der I. Wiener Straßenverkehrsenquête 1955 an die Stadt Wien zu lesen ist, nämlich: "Bei einer Menge von über 200.000 Motorfahrzeugen besteht die Gefahr einer Verstopfung der Straßenarterien, die sich in stundenlangen Aufenthalten äußern kann."

In diesem Zeitraum, der durch die zweite Stufe repräsentiert wird, müßten entlastende Expresstraßen (Autobahnen) mit ihrer großen Leistungsfähigkeit gebaut werden; über diese hinaus ist eine weitere Leistungssteigerung des Straßennetzes durch straßenbauliche Maßnahmen nicht mehr möglich. Die Autofahrer müßten veranlaßt werden, von einem gewissen Punkt an möglichst Massenverkehrsmittel in zweiter Ebene zu benützen, mit denen sie rascher vorwärtskommen als mit den Autos..."

Ich bin der Meinung, daß es wenig Zweck hat, im Gemeinderat Erklärungen zu diesem Problem abzugeben, die zudem nicht immer von der notwendigen Sachkenntnis getragen sind. Ich hielte es für viel zweckmäßiger, die Schaffung der zweiten Verkehrsebene in Wien durch anerkannte Fachleute studieren zu lassen und eine eingehende Debatte sodann im Rahmen der bestehenden Verkehrsplanungskommission durchzuführen. Dies wird den realen Notwendigkeiten weit besser dienen, als wenn wir uns einmal im Jahr - pro oder kontra - über die Untergrundbahn in Wien auslassen.

Autobusse statt Straßenbahn

Hinsichtlich des teilweisen und allmählichen Ersatzes von Straßenbahn durch Autobuslinien verfolge ich die Tendenz, die in der Empfehlung Nummer 99 der Straßenverkehrsenquete 1955 zum Ausdruck kommt. Dort heißt es "Ein genereller Ersatz der Straßenbahn durch Autobus oder Obus kann bei der Größe und Struktur der Stadt in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen. Die Einrichtung von Omnibuslinien als Ersatz bestehender Straßenbahnstrecken ist jedoch bei Vorliegen besonderer Umstände in Betracht zu ziehen. Dabei wird es sich um Linien handeln, die durch enge Straßen führen und geringe Frequenz aufweisen. Es soll auch untersucht werden, ob auf einzelnen Linien die derzeit üblichen Großraumautobusse eingesetzt werden sollen oder ob auf andere flächensparende und wirtschaftliche Fahrzeuge überzugehen ist."

In diesem Sinne habe ich in den vergangenen Monaten durch das Studienbüro der Wiener Verkehrsbetriebe elf Straßenbahnlinien untersuchen und auf den möglichen Einsatz von Autobussen überprüfen lassen.

kann auch nach wie vor zugegeben werden muß, daß sich der Autobusbetrieb zwar in den Anschaffungskosten wesentlich billiger, aber in den Betriebskosten teurer stellt als der Straßenbahnverkehr, so bleibt doch auch für die Wiener Verkehrsbetriebe als oberster Grundsatz, daß auch sie dazu beitragen müssen, an der Verflüssigung des Verkehrs mitzuwirken und eine solche wird zweifellos gegeben sein, wenn der schienengebundene Straßenbahnverkehr in beengten Straßenzügen durch den beweglichen schienengebundenen Autobusverkehr abgelöst wird.

Eineinhalbdeck-Autobusse

Da die Verkehrsbetriebe auf dem Gebiete der Umstellung von Straßenbahnlinien auf den Autobusverkehr noch keinerlei Erfahrungen besitzen, beabsichtige ich das vorhandene Material schon in den nächsten Wochen durch uns bekannte Fachkollegen ausländischer Verkehrsbetriebe überprüfen zu lassen und eine Expertise darüber vorzunehmen, wie ein solcher Plan und seine wirtschaftliche Auswirkung von unvoreingenommenen ausländischen Experten beurteilt wird.

Daß im Zusammenhang mit einer solchen Umstellung das raumsparendste und wirtschaftlichste Fahrzeug ausgesucht werden muß, versteht sich von selbst. Ein solches dürfte in den in einer Reihe von deutschen Städten bereits in Betrieb befindlichen Eineinhalbdeck-Autobussen zu finden sein, die von Fachleuten der Verkehrsbetriebe schon in Augenschein genommen wurden und für den gedachten Verwendungszweck als gut geeignet bezeichnet worden sind.

Parkverbot für Straßen mit Straßenbahn

Im Laufe der Budgetdebatte wurde mehrmals die Frage berührt, ob wir uns in Wien bereits in einem Verkehrs-Chaos befinden. Ich bin der Meinung, daß wir in der abendlichen Verkehrsspitze in einer ganzen Anzahl von Wiener Straßenzügen und Plätzen nicht mehr sehr weit davon entfernt sind oder uns sogar schon mitten darin befinden. Selbstverständlich wird dies auch in anderen Großstädten im Stoßverkehr so sein. Was aber nottun würde, wäre, daß wir alles daran setzen, den öffentlichen Verkehr, der täglich noch immer mehr als 1,3 Millionen Menschen befördert, durch verschiedene Maßnahmen so flüssig als nur möglich gestalten.

Auf dem letzten Internationalen Kongreß in Hamburg wurde erneut verlangt, daß in jenen Straßenzügen, die von Straßenbahnen befahren werden entweder ein generelles oder zumindestens ein zeitweiliges Parkverbot verfügt werden muß, um die gegenseitige Behinderung aus der Welt zu schaffen.

Schließlich warne ich nachdrücklichst davor, daß weiterhin auf dem Gebiete des Verkehrs da und dort weiter improvisiert wird, weil ohne Bestehen des seit langem erforderlichen Generalverkehrsplanes die eminente Gefahr einer Fehlleitung nicht unwesentlicher öffentlicher Geldmittel gegeben ist. Ich verweise beispielsweise auf die Schleife für die Linien 61 und 63, die mit dem Bau des Heinrichshofes neu verlegt wurde, jetzt im Zuge der neuen Verkehrsplanung für den Karlsplatz illusorisch wird und überdies in Zukunft für diese Linien gar keine Neuverlegung mehr in Frage kommen dürfte, weil die Linien 61 und 63, ähnlich wie die Linie 57, direkt prädestiniert erscheinen für einen Ersatz durch den Autobus.

Die Wiener Stadtwerke im Spiegel der Zahlen

Die E-Werke rechneten für das Jahr 1957 mit einer Steigerung gegenüber dem Ansatz 1956 von 11.34 Prozent, tatsächlich aber wird sich gegenüber einem angenommenen Stromverkauf von 1345.4 Mio kWh nur ein solcher von ca. 1312 Mio kWh ergeben. Demgemäß wurde auch für das Jahr 1958 nur eine Erhöhung des Ansatzes um rund 8 Prozent angenommen.

Auch die Gaswerke rechnen auf Grund der Erfahrungen mit einer Verlangsamung im Konsumanstieg. Die Gaswerke präliminierten vorsichtig für das Jahr 1958 eine verkaufte Gasmenge von 514.2 Mio m³, die dementsprechend um 28 Mio m³ höher sein wird, als die tatsächlich abgegebene Menge im Jahre 1957.

Der Erdgaseinsatz wird mit 219.9 Mio m³ angenommen gegen 206.7 Mio m³ im Jahre 1957 und 188.2 Mio m³ im Jahre 1956. Mit Hilfe von Erdgas werden im Jahre 1958 71.3 Prozent unseres Stadtgases erzeugt werden.

Der Verkaufsanfall an Koks wird entsprechend der geringeren eingesetzten Kohlenmenge sich nur auf 350.110 Tonnen belaufen. Erfreulich ist eine weitere Verbesserung des Ausbringungsgrades an Koks aus Kohle. Dieser Ausbringungsprozentsatz wird pro 1958 mit 80.49 Prozent angenommen.

Die Wiener Verkehrsbetriebe rechnen pro 1958 auf Straßenbahn, Stadtbahn, Kraftverkehrsbetrieb und Obus mit einer Gesamtfrequenz von 505.8 Millionen Fahrgästen gegenüber 512.2 Millionen pro 1957 : effektiv erreichten 505.1 Millionen Fahrgästen im Jahre 1956. Auf Grund der im Jahre 1957 gemachten Erfahrungen wird somit für das kommende Jahr ungefähr mit den Ansätzen gerechnet, die im Jahre 1956 effektiv erreicht worden sind.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf die immer wieder gehörte Annahme zurückkommen, daß die Frequenz unserer öffentlichen Verkehrsmittel wesentlich beeinträchtigt wird durch die nach wie vor ansteigende Motorisierung. Es wird zugrundegelegt, daß ein zusätzliches motorisiertes Fahrzeug im Jahr dem öffentlichen Verkehrsträger rund 1.000 Fahrten wegnimmt. Wir haben per Ende November 1957 gegenüber Ende November 1956 eine Steigerung um 16.006 Fahrzeuge. Multipliziert mit 1.000 ergäbe dies einen Frequenzabfall von 16 Millionen Fahrgästen. Tatsächlich ergab sich jedoch in den ersten 10 Monaten 1957 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1956 auf Straßenbahn und Stadtbahn nur eine Frequenzminderung um 1,7 Millionen Fahrgästen, das ist 0.46 Prozent. Damit dürfte wohl diese Annahme ad absurdum geführt sein, wie im übrigen auch die Frequenzentwicklung in den vorangegangenen Jahren zeigt, in denen außerordentlich starke Veränderungen auf dem Sektor der Motorisierung stattgefunden haben und trotzdem die Gesamtfrequenz der öffentlichen Verkehrsmittel nahezu unverändert geblieben ist. Diese Tendenz berechtigt zu der Annahme, daß es gelingen könnte, einen Teil der Besitzer von motorisierten Fahrzeugen infolge der immer fühlbarer werdenden Verstopfung unserer Straßen vom Individualfahrzeug wieder zum öffentlichen Verkehrsmittel zurückzubringen.

Bei der Städtischen Bestattung wird auch für das kommende Jahr mit 25.000 Bestattungsfällen und 900 Bestattungen von Mittellosen gerechnet.

Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet für das Jahr 1958 mit einem größeren Bierverkauf. Dem Voranschlag werden 168.500 hl Verkaufsbier und 25.000 hl Lohnbraubier zugrundegelegt. Der Bierverkauf wird sich auf schätzungsweise 155.000 hl belaufen. Im Verhältnis zwischen Fassbier und Flaschenbier wird eine neuerliche Verschiebung zugunsten des Flaschenbieres angenommen, auf das 57.3 Prozent des gesamten

Verkaufes entfallen werden.

Die Gewista wird einige Mehreinnahmen erzielen können.

Die Ergebnisse der Voranschläge der Städtischen Unternehmungen

Die einzelnen Unternehmungen weisen in ihren Voranschlägen für 1958 folgende Ergebnisse aus:

E-Werke - 101,057.000 S (1957: - 67,038.000 S), Gaswerke - 57,225.000 S (1957: - 54,400.000), Verkehrsbetriebe - 173,920.000 S (1957: - 193,670.000 S), Bestattung - 2,069.000 S (1957: + 332.000 S).

Wiener Stadtwerke zusammen - 314,311.000 S (1957: - 314,776.000).

Brauhaus + 314.000 S (1957: + 255.000 S), Gewista + 188.900 S (1957: + 162.900 S).

Die Voranschläge für 1958 aller Städtischen Unternehmungen zusammen weisen ein Defizit von 313,808.100 S aus (1957 betrug das Defizit 314,360.100 S).

Die Subventionen der drei Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke an die Verkehrsbetriebe wurden so wie im Voranschlag 1957 mit 103 Millionen Schilling angenommen, wobei 65 Millionen Schilling auf die E-Werke, 35 Millionen Schilling auf die Gaswerke und drei Millionen Schilling auf die Bestattung entfallen.

Der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke beziffert sich pro 1958 mit 2.893,691.000 S gegen 2.819,042.000 S im Ansatz 1957. Er hat demnach eine Erhöhung um 2.65 Prozent erfahren. Die Erträge der Wiener Stadtwerke steigen von 2.504,266.000 S auf 2.579,380.000 S. Es ist aber noch außerordentlich viel zu machen, damit die Wiener Stadtwerke auch nach außen hin in jeder Beziehung als kreditwürdig auftreten können.

Das Personal der Stadtwerke

Die Personalstände der Wiener Stadtwerke sind gegenüber dem Jahre 1957 um nicht weniger als 410 Bedienstete zurückgegangen. Für 1958 werden 19.577 aktive Bedienstete angenommen. Besonders hervorzuheben ist die weitere Personalverminderung bei den Wiener Verkehrsbetrieben um 314 aktive Bedienstete, die unter anderem auf eine Reihe von Empfehlungen zurückzuführen ist, die anfangs dieses Jahres von der Expertenkommission beschlossen worden sind.

Auch im Jahre 1958 ist mit einem Ansteigen der Pensionsparteien

zu rechnen. Bei den Wiener Stadtwerken werden im Jahre 1958 19.288 Pensionsparteien zu betreuen sein. Insgesamt werden bei den Wiener Stadtwerken und beim Brauhaus um 177 Pensionsparteien mehr anfallen als im Jahre 1957.

Jedenfalls kann gerade bei den Pensionsparteien zum Unterschied von den Vorjahren eine Änderung der Entwicklung wahrgenommen werden, die sich besonders bei den Wiener Verkehrsbetrieben auswirkt. Waren von 1956 auf 1957 bei den Pensionsparteien der Wiener Verkehrsbetriebe um 390 Fälle mehr anzunehmen, so sind es im Jahre 1958 nur um 105 Fälle mehr als im Vorjahr.

Bei den Unternehmungen sind auf Grund des Jugendeinstellungsgesetzes insgesamt 345 Jugendliche beschäftigt.

Die Investitionen

Die freien Investitionen der Wiener Stadtwerke beziffern sich im Jahre 1958 auf insgesamt 304,903.000 S gegen 297,290.000 S im Jahre 1957. Dabei tritt allerdings bei den Verkehrsbetrieben, wo es eminent notwendig wäre, eine Verminderung um 38,364.000 S ein.

Die Verkehrsbetriebe haben in ihrem Investitionsplan Investitionen in der Höhe von 207,964.000 S präliminiert, von denen jedoch nicht weniger als 179,458.000 S mangels der entsprechenden Mittel vorläufig gesperrt bleiben müssen. Angesichts dieses Umstandes, der mir außerordentlich gravierend erscheint, richte ich an die beiden Koalitionsparteien den dringenden Appell, in kommenden Verhandlungen alles zu unternehmen, um durch eine endgültige Sanierung des Unternehmens dieser unhaltbaren Situation zu steuern. Es ist untragbar, daß die Wiener Verkehrsbetriebe anstatt eines Investitionsaufwandes von ungefähr 170 bis 180 Millionen Schilling im Jahr, das wäre also für 1957 und 1958 ein Volumen von rund 340 bis 360 Millionen Schilling, nicht ganz 100 Millionen Schilling also nicht einmal ein Drittel aufwenden können, um die notwendigsten Investitionen zu tätigen.

Investitionen und Sachaufwand

Außer den freien Investitionen in der Höhe von rund 309 Millionen Schilling haben die sechs Unternehmungen noch einen Sachaufwand in der Höhe von 1.379,4 Millionen Schilling, sodaß der Sachaufwand und die Investitionen zusammengenommen eine Summe von 1.688,4 Millionen Schilling erreichen.

Abschließend erklärt Stadtrat Dkfm. Nathschlager: Ich habe im vergangenen Jahr am Schluß meines Referates ein ehrliches Bekenntnis zur Koalition abgelegt und darüber hinaus der Meinung Ausdruck verliehen, daß es um die Belange der Wiener Stadtverwaltung umso besser bestellt sein wird, je besser diese Koalition funktioniert. Ich darf heute mit einiger Befriedigung feststellen, daß sich die Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien in diesem Hause, besonders im Zusammenhang mit der von beiden Seiten gewünschten, dauerhaften Sanierung der Wiener Stadtwerke gut entwickelt hat und daß berechtigte Hoffnung für die Zukunft besteht, daß die sicherlich nicht leichte Arbeit zu einem gedeihlichen, auch für die Bevölkerung befriedigenden, Ergebnis führt. Wenn wir uns mit der gleichen Sachlichkeit, wie dies bei den Parteienverhandlungen in den letzten Monaten zu konstatieren war, weiterhin bemühen, auch schwierigsten Problemen an den Leib zu rücken, dann wird der Erfolg auch bestimmt nicht ausbleiben.

Der Stadtrat schließt seinen Bericht mit einem Dank an alle Mitarbeiter, in den das ganze Haus mit Beifall einstimmt, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine ersprießliche Zusammenarbeit dazu führen wird, daß es bis zur nächsten Budgetdebatte gelingen wird über den Berg zu kommen und den Unternehmungen wieder eine Basis zu geben, auf der sie nicht nur bestehen, sondern sich auch dem jeweiligen Wirtschaftsablauf entsprechend weiter entwickeln können werden (Beifall bei ÖVP und SPÖ).

Die Debatte über die Unternehmungen

Als erster Debatteredner meldet sich GR. Maller (VO) zu Wort. Einleitend stellt er fest, daß sich Stadtrat Dkfm. Nathschlager erst nach mehrmaligen Ermahnungen durch den Bürgermeister entschlossen habe, das Budget für die Städtischen Unternehmungen vorzulegen. Diesen Vorgang bezeichnet er als eine grobe Mißachtung des Gemeinderates. Zu den Ansätzen selbst sagt er, daß aus ihnen nicht entnommen werden kann, was der Amtsführende Stadtrat vorhat. Er selbst sagt, daß ihn seine Anträge nicht befriedigen und auch aus den Unterlagen gehe nicht hervor, was mit den Stadtwerken im kommenden Jahr geschehen soll.

Als interessant erachtet der Redner nur das, was der Referent über sein Konzept sagt, nämlich, daß er die Notwendigkeit einer Tarifregulierung für die Abgabe von Gas und Strom sowie bei den Tarifen der Verkehrsbetriebe unterstreicht. Wie er sich aber eine solche Tarifregulierung vorstellt, darüber schweigt er sich aus. Der Redner erinnert den Stadtrat an die Berichte der ÖVP-Presse vom Sommer dieses Jahres, in denen dem Finanzreferenten der Stadt Wien vorgeworfen wurde, er bereite eine Tarifierhöhung vor. Der Debatte- redner erklärt, daß der ÖVP-Stadtrat heute selbst für eine Tarifierhöhung eintritt und stellt an ihn die Frage, ob er glaube, daß die von ihm vorgelegten Wirtschaftspläne mit dem Willen des Volkes übereinstimmen.

Die Abschreibungen, die diesmal um 5 Millionen auf 424 Millionen erhöht wurden, bezeichnet er als zu hoch und fügt dem hinzu, daß es sich hier nur um eine buchhalterische Manipulation handeln kann, durch die man das Defizit vergrößern will, um sich dann das Recht zur Tarifierhöhung zu sichern. Zum Investitionsplan sagt er, daß auch eine Verbesserung der Gasqualität versprochen wurde, allerdings gekoppelt mit der Aussicht auf eine Gaspreiserhöhung. Er verweist im Zusammenhang auf verschiedene Beispiele, wo unter dem Schein einer Qualitätsverbesserung lediglich eine Preiserhöhung verfolgt wurde.

Noch vor wenigen Wochen, führt er weiter aus, wurde in Diskussionen um die Verkehrsbetriebe immer von einem Defizit in Höhe von 360 Millionen Schilling gesprochen. Nun zeige es sich aber, daß diese Summe das Defizit aller städtischen Unternehmungen ist. Vom Bund müsse verlangt werden, daß er sich seiner Verpflichtung gegenüber der Bundeshauptstadt besinnt. Er verweist darauf, daß mit Ausnahme Hollands jeder Staat die Verkehrsbetriebe seiner Hauptstadt subventioniert.

Er beschäftigt sich dann mit der ÖVP im Zusammenhang mit den Tariffragen und bemerkt dazu, daß es ihr bei der letzten Tarifierhöhung gelungen ist, die Rolle des Schwarzen Peters der SPÖ zuzuschieben. Diesmal bediene sie sich im Wiener Gemeinderat Erpressermethoden, um auf der Bundesebene ihre Pläne zu verwirklichen. Die Bevölkerung sei aber nicht bereit, Tarifierhöhungen auf sich zu nehmen, und ist vielmehr für die Erhaltung der sozialen Tarife bei Strom, Gas und bei der Straßenbahn. Wollte man tatsächlich kosten-

deckende Preise bei den städtischen Unternehmungen, dann müßte endlich einmal gesagt werden, daß die Zeit der sozialen Tarife vorbei ist.

Der Redner spricht sich gegen die Belastung der Straßenbahnfahrgäste dadurch aus, daß die Verkehrsbetriebe aus den Einnahmen der Fahrscheine bedeutende Beiträge bei Verkehrsumbauten leisten müssen. Diese Umbauten, wie zum Beispiel Opernkreuzung, Praterstern usw., werden ja schließlich nicht im Interesse der Verkehrsbetriebe vorgenommen. Als ungerechtfertigt bezeichnet Redner die Ablieferung des sogenannten Notopfers an den Bund, da bei diesem ja keine Notlage mehr besteht. Ferner müßte der Bund dazu veranlaßt werden, auf die Beförderungssteuer in Höhe von 10 Millionen Schilling zu verzichten. Die Gemeinde Wien ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen und hat auf die Wegebenutzungsgebühr verzichtet. Der Bund müßte auch für verschiedene Fürsorgebegünstigungen wie Arbeitslosenfahrtscheine, Invalidenfahrscheine usw. Ersatz leisten. Der Redner übt in diesem Zusammenhang Kritik an der Art der Arbeitslosenfahrtscheine, bei deren Gebrauch immer die Arbeitslosenkarte vorgewiesen werden muß. Es könnten ebensogut Vorverkaufsfahrscheine für diesen Zweck ausgegeben werden. Daß für die Erneuerung des Wagenparkes bei den Verkehrsbetrieben gleichfalls die Erlöse aus dem Fahrpreis herangezogen werden müssen, dafür besteht keinerlei Begründung. Schließlich wird der Bau des Großwasserspeichers auch nicht durch eine Erhöhung der Wassergebühren finanziert.

In entscheidendem Ausmaß müßte der Bund zur Behebung des Defizites beitragen. Ein Wegfall des Notopfers würde 212,3 Millionen Schilling einsparen, durch den Verzicht auf die Beförderungssteuer würden 10 Millionen drübrig und durch die Übernahme der Fahrbegünstigungen durch den Bund würden 50 Millionen Schilling eingebracht. Insgesamt ergibt dies einen Betrag von 272,3 Millionen Schilling. Rechnet man nun noch die Beträge, die die Gemeindeverwaltung durch den Verzicht auf Beiträge zum Straßenbau und Brückenbau in Höhe von 11,3 Millionen und auf den Wegfall der Wegebenutzungsgebühr von 49 Millionen hinzu, ergibt sich für die Verkehrsbetriebe eine Verringerung des Defizites um 332,6 Millionen. Das bedeutet, daß nicht nur das Defizit vollständig gedeckt werden könnte, sondern daß sich noch ein Überschuß von 18,3 Millionen Schilling ergäbe.

Die Stadt Wien müßte den Ausfall von 60 Millionen, auf die sie selbstverständlich nicht verzichten kann, durch die Einführung einer Steuer wettmachen. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang einen Beschluß- und Resolutionsantrag, daß zum klaglosen Funktionieren der öffentlichen Einrichtungen nicht nur die Arbeiter und Angestellten herangezogen werden, sondern daß auch die Unternehmer, die an einem klaglosen Funktionieren der Verkehrsmittel interessiert sind, ihren Beitrag hierzu leisten müßten. Es soll daher eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet werden, die alle Betriebe und Unternehmungen mit über 100 Beschäftigten zu einer zweckgebundenen Abgabe verpflichtet.

GR. Maller spricht sodann über den Finanzausgleich, der schlechter ist als in den Jahren vor 1934. Der Bund müßte endlich damit aufhören Wien zu benachteiligen und zur Kenntnis nehmen, daß die Gemeinde Wien keine Melkkuh ist. Ein ansehnlicher Beitrag des Bundes, der der Bedeutung Wiens als Bundeshauptstadt entspricht, müßte von ihm geleistet werden. In allen Hauptstädten anderer Länder ist es üblich, daß die Verkehrsmittel vom Staat subventioniert werden. Bei uns wird ganz bewußt durch den Bund ein Politikum daraus gemacht. Der Redner kommt sodann auf den Wiener Straßenbahnfahrpreis zu sprechen und bezeichnet ihn im Verhältnis zu anderen europäischen Städten bereits heute schon als zu hoch. Dasselbe gelte für den Strom- und Gaspreis. Leider wurden bei den Verkehrsmitteln auch eine ganze Reihe von Wünschen der Bevölkerung nicht berücksichtigt. So befänden sich unsere Stadtbahnstationen in einem mehr als schlechten Zustand und die Straßenbahnen seien schlecht beleuchtet, schlecht beheizt und überfüllt. Auch die Verkehrsverhältnisse sind in vielen Bezirken, besonders in den Randgebieten, mehr als schlecht, vor allem im 22. und 23. Bezirk. Notwendig wäre auch die Verlängerung der Linie 25 bis Leopoldau.

Der Redner stellt abschließend fest, daß es sich nicht bewährt hat, die Leitung der Städtischen Unternehmungen in die Hände eines ÖVP-Stadtrates zu legen. Die Sozialistische Partei sollte sich bewußt sein, daß sie die Rechnung für diese Politik bezahlen muß.

Die Sozialisten müßten die Städtischen Unternehmungen selbst verwalten, allerdings sich auch dazu entschließen, den Gedanken an Tarifierhöhungen aufzugeben. Der Redner stellt den Beschlußantrag, daß der arbeitenden Bevölkerung Wiens keine neuerlichen Belastungen durch Tarifierhöhungen zugemutet werden können. Der Bund müßte hier durch Beitragsleistung zur Lösung der finanziellen Probleme herangezogen werden. Da die Verkehrsbetriebe nicht im Interesse der Bevölkerung geführt wurden und weil eine Zustimmung zu den Wirtschaftsplänen auch mit der Zustimmung zu Tarifierhöhungen verbunden wäre, stimme seine Fraktion den Ansätzen nicht zu.

GR. Dr. Wollinger (ÖVP) führt aus, die Tatsache, daß am Beginn der Budgetdebatte der Voranschlag der Wiener Stadtwerke noch nicht vorliegt, daß während der Budgetdebatte darüber noch Parteienverhandlungen stattfinden, all dies beweist, daß der gesamte Komplex der Städtischen Unternehmungen den Amtsführenden Stadtrat wie die ganze Gemeindeverwaltung vor besonders schwierige Aufgaben stellt. Die Hauptschwierigkeit bei der Führung dieser Unternehmungen erblicke ich darin, daß es sich um Wirtschaftsbetriebe handelt, die daher einerseits nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen wären, daß es sich aber andererseits um Betriebe handelt, die aus kommunalpolitischen Gründen im Interesse der gesamten Bevölkerung geführt werden müssen, und zwar ohne Rücksicht auf allfällige Gewinne oder Verluste geführt werden müssen und die naturgemäß auf den wirtschaftlich Schwachen Rücksicht zu nehmen haben. Hierzu kommt eine Tatsache, die ich als durchaus erfreulich bezeichne und gerne anerkenne, daß die Gemeinde Wien ein sozialer Arbeitgeber ist. Aber so sehr dies zu begrüßen ist, so gewiß kostet es auch Geld.

Nun möchte ich den Versuch unternehmen, die wichtigste Differenz in der Auffassung der beiden Koalitionsparteien in dieser Frage aufzuzeigen. Die finanziellen Lasten, die die Stadtverwaltung in sämtlichen Bereichen der Hoheitsverwaltung zu tragen hat, werden von der Gesamtheit der Wiener Bevölkerung aufgebracht. Bei den Städtischen Unternehmungen aber sollen diese Lasten nicht von der Gesamtheit, sondern ausschließlich von den Benützern dieser Unternehmungen getragen werden.

Dieser Grundsatz wäre anzuerkennen, wenn diese Betriebe nach allgemein gültigen wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden könnten. Aber das ist nicht der Fall. Es müssen zum Beispiel Straßenbahnlinien geführt werden auch auf sehr schwach frequentierten Strecken und zu Tages- oder Nachtzeiten, zu welchen der Betrieb mehr als unrentabel ist. Nach wirtschaftlichen Grundsätzen müßten solche Linien aufgelassen werden. Dann und nur dann kann man verlangen, daß sich die Betriebe selbst erhalten.

Wenn aber, was selbstverständlich ist, nicht im Interesse der Betriebe sondern im Interesse der Bevölkerung auch unrentable Linien geführt werden müssen, dann muß eben auch hier die Gesamtheit der Bevölkerung einen Beitrag leisten, damit nicht Investitionen vernachlässigt oder die Tarife über das Tragbare erhöht werden müssen. Hier also gehen unsere Meinungen am weitesten auseinander, und ich gebe zu, daß es bei so großen und grundsätzlichen Differenzen außerordentlich schwierig ist, eine Synthese zu finden, die dann für beide Teile noch tragbar ist. Es gibt natürlich noch vielerlei Auffassungsdifferenzen, die aber nicht so sehr ins Grundsätzliche gehen. Sie alle, die großen und kleinen Differenzen trotz allen Schwierigkeiten zu überwinden und in demokratischer Weise sich immer wieder zu Verhandlungen bereit zu finden, ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht der Bevölkerung gegenüber.

Seit sechs Monaten haben sich die Verhandlungskomitees der Koalitionsparteien ehrlich bemüht, einen gangbaren Weg zu finden. Es ist immerhin gelungen, einige sehr wichtige Teilprobleme zu lösen und auf diese Weise das ursprüngliche Defizit von fast 380 Millionen um 63 Millionen zu senken.

Der Redner begrüßt namens seiner Fraktion die bisher erzielten Fortschritte und die Bereitschaft des Finanzreferenten, wenigstens einen Teil jener Beträge durch die Hoheitsverwaltung zu übernehmen, die bisher schwer auf den Stadtwerken lasteten. Freilich entsprechen diese Vereinbarungen noch lange nicht dem, was man sich als richtig und gerecht vorgestellt hat, aber es ist immerhin ein erster Schritt.

Sehr zu denken gibt, daß im Jahre 1957 bei den E-Werken und Gaswerken der erwartete Konsumanstieg nicht eingetreten ist.

Daher mußte auch für 1958 bei der Annahme eines weiteren Mehrverbrauches vorsichtig gerechnet werden. Der angenommene Verlust bei E- und Gaswerken beträgt zusammen rund 140 Millionen, während der der Verkehrsbetriebe 174 Millionen ausmacht. Da das Gelderfordernis von 972 Millionen nur zu 72 Prozent gedeckt ist, mußten zur Deckung des Fehlbetrages von 273 Millionen beabsichtigte Neuanschaffungen in gleicher Höhe gesperrt werden.

Davon sind am schwersten die Verkehrsbetriebe betroffen, denen überhaupt nur noch 28,5 Millionen für Investitionen verbleiben. Selbst davon entfallen elf Millionen auf Projekte des Stadtbauamtes, für die die Verkehrsbetriebe Anteile zu leisten haben. Es versteht sich von selbst, daß unter solchen Umständen nicht jene Leistungen erbracht werden können, die im Interesse der Bevölkerung eben unbedingt erforderlich sind.

Der Redner begrüßt es daher, daß die Parteienverhandlungen gleich nach Neujahr wieder aufgenommen werden. Die ÖVP halte es auch für notwendig, so rasch wie möglich die Unruhe zu beseitigen, die in der Bevölkerung durch die Pressemeldungen der letzten Tage ausgelöst wurde, in denen die verschiedensten Kombinationen über eine Erhöhung der Straßenbahntarife zum Ausdruck gebracht wurden. Dr. Wollinger stellt hierzu namens seiner Fraktion abermals fest, daß eine derartige Vereinbarung weder für die Gegenwart noch für die Zukunft getroffen wurde. Die ÖVP betrachtet gerade die Straßenbahntarife als Sozialtarife, die die Bevölkerung nicht ungebührlich belasten dürfen. Es muß und wird auch möglich sein, ohne die Straßenbahntarife insgesamt erhöhen zu müssen, mit einer Umstellung der Tarife durchzukommen. Seine Fraktion appelliert an die Mehrheit dieses Hauses, die Parteienverhandlungen nicht schleppend, sondern ohne Unterbrechungen solange zu führen, bis der von uns allen erwünschte Erfolg erzielt worden ist. Er sei überzeugt, daß man damit dem Willen der Bevölkerung entspreche und unserer Stadt einen großen Dienst erweise,

Zum Schluß dankte GR. Dr. Wollinger namens seiner Fraktion allen Bediensteten der Verwaltungsgruppe XII für ihre Leistungen im abgelaufenen Jahr. Seine Fraktion stimme den Ansätzen des Vorschlages für 1958 zu.

GR. Dr. Soswinski (VO) erklärt unter Hinweis darauf, daß in den letzten Wochen immer weniger vom kostendeckenden Prinzip gesprochen wird, seine Fraktion habe jahrelang darauf hingewiesen, daß es vor allem bei den städtischen Verkehrsbetrieben soziale Tarife geben muß. Fast mit der Handfertigkeit eines Taschenspielers haben sich nun die Vertreter der Volkspartei dieses Argument zu eigen gemacht und gesagt, daß die Gesamtheit der Wiener Bevölkerung hier Lasten übernehmen muß und nicht nur die Benützer. Dabei ist interessant, daß man wieder so schöne Worte hört wie, es soll keine Erhöhung für die Bevölkerung geben, während der Stadtrat sehr deutlich von einer Tarifregulierung gesprochen hat. Wir haben klar ausgesprochen, es darf keine Erhöhung, keine zusätzliche Belastung der Bevölkerung durch solche Tarife erfolgen.

GR. Dr. Soswinski warnt davor, die Fahrtkosten für die Arbeiter durch die Betriebe tragen zu lassen, weil das bei kleineren Betrieben und Nachlassen der Konjunktur zu Schwierigkeiten für die Arbeiter führen könnte. Da es aber im Interesse der Unternehmer liegt, daß die Arbeiter in den Betrieb kommen, müssen den Unternehmern die Kosten dafür in Form einer Steuer oder in einer anderen Art auferlegt werden.

Wenn die Volkspartei davon spricht, daß man sich an den Verhandlungstisch setzen muß, dann möge sie sich erst mit dem Bund an den Verhandlungstisch setzen und dort zeigen, welche Initiative sie hat, um wirklich die Interessen der Bundeshauptstadt zu vertreten.

GR. Adelpoller (SPÖ) verweist einleitend darauf, wie schwer es ist, sich mit dem Haushaltsplan der städtischen Unternehmungen für das bevorstehende Wirtschaftsjahr zu beschäftigen, der einen Abgang von 314 Millionen Schilling verzeichnet. Er betont, daß erst durch die Maßnahmen, die im Einvernehmen mit dem Finanzreferenten der Stadt Wien durchgeführt wurden, eine Reduzierung des ursprünglich viel höheren Abganges möglich war. Der Finanzreferent von Wien, sagt er, hat als Erster in dankenswerter Weise mitgeholfen, den Abgang dieses Budgets zu verkleinern. Weniger Verständnis habe der Finanzminister gezeigt, der selbst zu den Forderungen seiner ÖVP-Kollegen, zur Verringerung des Defizits beizutragen, bis jetzt nur ein glattes "Nein" übrig hatte.

Der Redner bedauert es, daß angesichts des großen Defizits von 314 Millionen nur rund 305 Millionen für Investitionen vorgesehen werden. Den E-Werken wird es so nicht möglich sein, bei einem erhöhten Strombedarf alle wünschenswerten Kabelverlegungen durchzuführen und auch bei den Gaswerken wird man sich mit der Zurückstellung von dringenden Anschaffungen abfinden müssen. Einen kleinen Lichtblick geben die zwei Unternehmungen außerhalb der Stadtwerke, das Brauhaus und die Gewista, die einen Gewinn aufweisen und Investitionen in Höhe von mehr als drei Millionen Schilling vornehmen können.

Abschließend gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die prekäre Situation bei den Wiener Stadtwerken durch Maßnahmen, für die auch die Bevölkerung von Wien Verständnis aufbringt, gemeinsam gemeistert werden wird. Die Stadtwerke gehören schließlich allen Wienern, die sicher auch verstehen, wenn Maßnahmen getroffen werden müssen, die doch letzten Endes zum Nutzen der gesamten Bevölkerung sind. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion den Ansätzen der Verwaltungsgruppe XII die Zustimmung erteilen wird.

GR. Lauscher (VO) nimmt nun zu den Ausführungen des GR. Adelpoller Stellung. Im Zusammenhang mit seiner Rede möchte er darauf verweisen, welchen Schmutz die Volkspartei in den letzten Monaten auf die Sozialisten geworfen hat. Sie ist vor keinerlei Verleumdungen zurückgeschreckt. Die Rede des GR. Adelpoller müsse einen daher die Schamröte ins Gesicht treiben. Auf all die Beuchelei und Verleumdungen von Seiten der ÖVP hätten die Sozialisten eine andere Antwort geben müssen. Ein Abweichen von sozialen Tarifen bei den Stadtwerken, insbesondere bei den Verkehrsbetrieben, könnte katastrophale Folgen für die Bevölkerung unserer Stadt haben. Das Selbstkostendeckungsprinzip sei für die Stadtwerke, im besonderen für die Verkehrsbetriebe überholt. Die Kommunisten sehen in all diesen Dingen eine Frage von großer Bedeutung für Wien und seine Arbeiterschaft. Für diese Interessen werden sie immer wieder eintreten.

GR. Marck (SPÖ) weist die Vorwürfe seines Vorredners entschieden zurück. Es komme GR. Lauscher nicht das Recht zu, die Sozialistische Partei und ihre Redner zu kritisieren oder zu zensurieren. Sie lasse sich nicht von den Marodeuren des Klassenkampfes Lehren erteilen. GR. Adelpoller habe im Namen seiner Fraktion gesprochen und gehandelt. Es ist entschieden abzulehnen, daß sich Gemeinderat Lauscher hier als Richter aufspielt (Beifall bei der SPÖ). Die Sozialisten entscheiden hier, vom Vertrauen der Bevölkerung getragen, über die Probleme des Tages. Sie sind hierzu viel kompetenter als die Kommunisten. Sie tragen ihren Wählern gegenüber die Verantwortung und auch die Verantwortung gegenüber ihrem Gewissen und der sozialistischen Überzeugung. In diesem Sinne hat Gemeinderat Adelpoller gesprochen (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Dkfm. Nathschläger stellt zu den Ausführungen des GR. Maller, der ihn als schlechten Volksvertreter bezeichnede, fest, daß er sich seit zwölf Jahren ständig bemühe, im Interesse der Bevölkerung Wiens zu arbeiten. Daß er seit jeher für die Wahrung dieser Interessen eingetreten ist, dafür gebe es genügend Beweise. Er habe immer getrachtet, die Lasten, die von der Bevölkerung getragen werden müssen, so gering als möglich zu halten. Im Interesse des Volkes werde er auch weiterhin so handeln. Die kritisierte Höhe der Abschreibungen ist unberechtigt. Sie sind von Fachleuten eher als zu nieder erachtet worden. Auch auf dem Gebiete der Investitionen stimmen die Vorwürfe nicht. Das Investitionsvolumen der E-Werke war noch niemals so hoch. Erübrigen wird es sich, daß die Kommunisten schützend für die arbeitende Bevölkerung eintreten müssen. Die beiden Koalitionsparteien vertreten innerhalb dieser Stadt rund 96 Prozent des arbeitenden Wien (Beifall bei der ÖVP). Den Antrag des GR. Maller auf Einführung einer neuen Steuer bittet der Referent abzulehnen. Auch den zweiten Antrag empfiehlt er der Ablehnung, da dieser weit darüber hinausgeht, was die Koalitionsparteien glauben vom Bund fordern zu können. Die Anregungen des GR. Maller wegen verschiedener Verkehrsverbesserungen wurden vorgemerkt. Es soll versucht werden einen Teil davon wenigstens nach der jeweiligen Möglichkeit zu erfüllen.

Zur Kritik der hohen Sperrn des Investitionsplanes ist zu sagen, daß es in Verhandlungen bestimmt gelingen wird, auch darüber hinwegzukommen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger beschäftigt sich dann mit den Ausführungen von Dr. Soswinski über den Unterschied zwischen Erhöhung und Tarifregulierung. Er verweist dabei auf die Vereinbarung der beiden Koalitionsparteien, in der es heißt: "Beide Parteien haben es daher als ihre Pflicht betrachtet, weitere Erleichterungen der budgetären Lage der Stadtwerke auf der Ausgabenseite durch kostensparende Reformen und auf der Einnahmenseite durch eine für die Bevölkerung tragbare Tarifumgestaltung zu beraten." Eine solche Umgestaltung wird auf der einen Seite Erleichterungen bringen, während auf der anderen Seite gewisse Korrekturen vorgenommen werden müssen.

Wegen der Kritik an den Abschreibungen sagte der Referent, daß in Hinkunft alle großen Investitionen aus dem Investitionsplan herausgenommen und ein außerordentlicher Investitionsplan geschaffen werde, der auch mit außerordentlichen Mitteln zu decken sein wird.

Abschließend führt Stadtrat Dkfm. Nathschläger aus, daß das, was im kommenden Jahr bei den Städtischen Unternehmungen vor sich gehen wird, sowohl ein großes politisches als auch ein wirtschaftliches Problem darstelle. Er sei jedoch überzeugt, daß es beiden Parteien gelingen wird, auch dieses Problem befriedigend zu lösen. Sein Wunsch an den Gemeinderat sei es, daß man in echt demokratischer Weise gemeinsam beraten und diskutieren möge. Dann werde es gelingen, die Unternehmungen so zu führen, wie es dem wirtschaftlichen Fortschritt und den berechtigten Anforderungen der Wiener Bevölkerung entspricht.

Bei der Abstimmung werden die Wirtschaftspläne für 1958 der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses und der Gewista ohne die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag der VO wegen einer Zwecksteuer wird gegen die Stimmen der VO abgelehnt, der Antrag der VO wegen eines Bundeszuschusses der Verkehrsbetriebe einstimmig dem Stadtsenat zur Behandlung zugewiesen.

Die Abschlußrede des Bürgermeisters

Damit sind die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958 abgeschlossen.

Bürgermeister Jonas, der den Vorsitz führt, erhebt sich und hält seine Abschlußrede:

"Hoher Gemeinderat! Meine Damen und Herren!

Alljährlich bilden die Budgetberatungen den Höhepunkt des Wirkens freigewählter Volksvertreter, weil ein gewissenhaft ausgewogener Voranschlag die wichtigste Voraussetzung einer geordneten Selbstverwaltung ist. Bei solchen Budgetberatungen kommen naturgemäß die verschiedensten Interessen zum Ausdruck, die aber dann in der Regel doch in demokratischer Weise auf eine Linie gebracht werden, die dem Gesamtwohl am nächsten kommt und schließlich auch mit dem Leistungsvermögen in Einklang steht.

Sie, die Mitglieder des Wiener Gemeinderates, haben in langwierigen und ernsten Beratungen den Haushaltsplan unserer Stadt für das Jahr 1958 mit verantwortungsbewußter Sorgfalt bestellt und die gefaßten Beschlüsse stellen nun die strenge Richtschnur dar, nach welcher die Stadtverwaltung im kommenden Jahre zu gebaren hat.

Wir brauchen gewiß unser Licht nicht unter den Scheffel stellen und dürfen mit Stolz auf die großen Aufgaben des Aufbaues zurückblicken, die seit der Wiedererrichtung der Demokratie in unserem durch die Schrecken des Krieges völlig zerrüttet gewesenen Gemeinwesen erfolgreich gelöst worden sind. Es war dies ein Weg, der beispiellose Anforderungen stellte und trotz vieler Erschwer-nisse und Widerwärtigkeiten beharrlich und steil wieder in die Höhe führte.

Andererseits dürfen wir aber auch nicht in den Fehler der Selbstzufriedenheit verfallen; denn wir müssen uns immer wieder sagen, daß noch viele schwere Aufgaben zu lösen sind und immer wieder neue Probleme auftauchen und zur Lösung drängen. Viele Wünsche sind noch offen und viele Pläne noch unverwirklicht, aber einfach nur deswegen, weil ihre gleichzeitige Erfüllung weit über die Grenzen unseres Leistungsvermögens geht.

Deshalb können manche brennend gewordenen Notwendigkeiten und viele nachdrängende neue Probleme eben nur Schritt um Schritt und auch nur nach Maßgabe der vorhandenen Mittel berücksichtigt werden.

Nach diesem Gesichtspunkt mußte schon bisher verfahren werden und auch das Budget des kommenden Jahres ist nach dieser Methode erstellt, um planvoll ein möglichst großes Ausmaß weiterer Fortschritte erzielen zu können. Nach der Schlußabstimmung über den kommunalen Haushaltsplan für 1958 drängt es mich daher, allen zu danken, die irgendwie an ihm mitgewirkt haben, ob planend, beratend, helfend oder in gesunder Kritik.

Vor allem danke ich Ihnen, meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates, für die Gewissenhaftigkeit und Umsicht, mit der sie namens der Wiener Bevölkerung von Ihrem vornehmsten Recht, dem Budgetrecht, Gebrauch gemacht haben. Besonderen Dank sage ich bei diesem Anlaß dem Herrn Amtsführenden Stadtrat Felix Slavik, der mit der Erstellung der Grundlagen dieses Budgets ein erfolgreiches Debut absolviert hat. Er konnte sich dabei auf die wertvolle Mitarbeit der für die einzelnen Verwaltungsgruppen zuständigen Stadträte stützen, und auch auf die Hilfe, die ihm der Magistratsdirektor, der Kontrollamtsdirektor, der Generaldirektor und die Direktoren der Wiener Stadtwerke mit allen ihren Organen geleistet haben (Allgemeiner Beifall). Ihnen allen, aber auch den Stenographen, der Pressestelle, dem Präsidialbüro und den Berichterstattern der Zeitungen, gilt mein aufrichtiger Dank.

Schließlich aber geht jedes Recht und jede Macht, die wir in diesem ehrwürdigen Saale üben, vom Wiener Volke aus. Von jenem Wiener Volke, das täglich aufs neue mit der Arbeit seiner Hände und Stirnen die fundamentalen Voraussetzungen des öffentlichen Wohles schafft. Unser größter Stolz darf es also immer nur sein, diesem Volke und dieser Stadt mit ganzer Hingabe zu dienen.

Alle Mittel, um auf kommunalem Gebiete soziale, gesundheitliche, kulturelle und technische Fortschritte herbeizuführen, stammen letzten Endes aus dem Arbeitsfleiß unserer Mitbürger.

Und so muß es unser oberstes Bestreben sein und bleiben, mit den öffentlichen Mitteln verantwortungsvoll, sparsam und überlegt, mit einem Worte so zu gebaren, daß große und bleibende Werte, würdig des Ranges unserer Stadt, zum Nutzen der Gesamtheit geschaffen werden. In diesem Sinne ist auch der Voranschlag für das Jahr 1958 beschlossen und damit die fruchtbare Fortführung der kommunalen Tätigkeit gesichert worden.

Ich wünsche allen Mitgliedern des Gemeinderates, sowie allen Wienerinnen und Wienern ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr!"

Der Abschlußrede des Bürgermeisters folgte der herzliche Beifall aller Gemeinderäte, die sich dabei von ihren Sitzen erheben und verstärkt applaudieren, als im Namen der drei Fraktionen die Gemeinderäte Sigmund (SPÖ), Mühlhauser (ÖVP) und Lauscher (VO) sich die Stufen hinauf zum Platz des Vorsitzenden begeben, wo sie dem Bürgermeister im Namen ihrer Parteien die besten Feiertagswünsche aussprechen.

- - -